



2021/2008(INI)

15.12.2021

ENTWURF EINES BERICHTS

über die Umsetzung von Maßnahmen der politischen Bildung
(2021/2008(INI))

Ausschuss für Kultur und Bildung

Berichterstatter: Domènec Ruiz Devesa

INHALT

	Seite
BEGRÜNDUNG – ZUSAMMENFASSUNG DER FAKTEN UND ERKENNTNISSE	3
ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	12

BEGRÜNDUNG – ZUSAMMENFASSUNG DER FAKTEN UND ERKENNTNISSE

Das politische System der EU kann nicht funktionieren, wenn die Bürger es nicht kennen oder nicht verstehen

Der laufende Prozess der Globalisierung und der europäischen Integration erfordert, dass sich die neue Generation von Unionsbürgern zunehmend auf mehreren Ebenen politisch engagiert und in der Lage ist, eine wachsende Vielfalt in ihr tägliches Leben zu integrieren und mit ihr zu leben und zu arbeiten. Die Bedeutung der Bildung in diesem Prozess wird in der europäischen Säule sozialer Rechte anerkannt, in der es heißt, dass jede Person das Recht auf hochwertige und inklusive Bildung hat, damit sie uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Aus der Analyse der wichtigsten Rechtstexte und der Beiträge von Sachverständigen, Interessenträgern und Studien ergibt sich eine dreifache Argumentation für die Notwendigkeit einer stärkeren staatsbürgerlichen Bildung auf allen politischen Ebenen, d. h. auf nationaler Ebene, auf Unionsebene und auf globaler Ebene.

Zum einen ist Bildung eine grundlegende Voraussetzung für eine aktive und informierte Bürgerschaft und damit für die demokratische Teilhabe. Die Entwicklungsrichtung einer demokratischen politischen Union muss durch den Willen der Bürger bestimmt werden. Seit vielen Jahren wird die Entstehung einer dynamischen Unionsbürgerschaft durch Wissenslücken und fehlende emotionale Bindung behindert, die zu der Vorstellung geführt haben, dass die Europäische Union bürgerfern und komplex ist.

Zum anderen erhält die Forderung nach einer verbesserten politischen Bildung durch eine Reihe von Ereignissen und gesellschaftspolitischen Veränderungen erneuten Auftrieb. Die Notwendigkeit, nach den Anschlägen vom 13. November 2015 in Paris durch Angehörige des sogenannten Islamischen Staates gegen eine Radikalisierung vorzugehen, führte zur Pariser Erklärung der EU-Bildungsminister von 2015, in der hervorgehoben wurde, dass die Unionsbürgerschaft und die gemeinsamen europäischen Werte gefördert werden müssen.

Auch die Kontroverse um den Brexit erinnert daran, welche Auswirkungen ein Mangel an Informationen und emotionaler Bindung in Verbindung mit Fehlinformationen und Propaganda auf die Union haben kann. In jüngerer Zeit instrumentalisieren nationalistisch-populistische Bewegungen den Euroskeptizismus für politische Zwecke. Die gleichen Tendenzen sind auf nationaler Ebene zu beobachten, wo die Gefahr, die von sozialer Polarisierung und Falschmeldungen ausgeht, unsere demokratischen Systeme zunehmend unter Druck setzt.

Und schließlich wird die Notwendigkeit, diesen Bildungsbereich zu stärken und den sich ständig wandelnden Charakter der politischen Bildung anzuerkennen, auch durch tiefgreifende strukturelle Veränderungen unterstützt. Beispielsweise eröffnet der digitale Wandel neue Möglichkeiten für die Online-Beteiligung der Bürger, und die Umweltkrise macht deutlich, dass die Bürger nicht nur als Mitglieder einer bestimmten politischen und sozialen Struktur, sondern auch als verantwortungsvolle Bewohner des Planeten insgesamt verantwortungsvoll handeln müssen.

Maßnahmen der EU im Bereich der politischen Bildung

Zwischen den EU-Organen besteht ein tragfähiger politischer Konsens, dass die politische Bildung gestärkt werden muss. Dies wurde bereits in der im Juni 1983 auf der Tagung des Europäischen Rates in Stuttgart unterzeichneten feierlichen Erklärung zur Europäischen Union zum Ausdruck gebracht, in der sich die Staats- und Regierungschefs zu „eine[r] Verbesserung der Kenntnisse über die anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und eine[r] bessere[n] Unterrichtung über die Geschichte und Kultur Europas im Hinblick auf die Förderung eines europäischen Bewusstseins“ verpflichteten.

Seitdem haben alle Institutionen eine wachsende Zahl politischer Erklärungen abgegeben und sind politische Verpflichtungen eingegangen, durch die unterstrichen wird, dass bei der politischen Bildung, einschließlich der Bildung im Bereich Unionsbürgerschaft, Fortschritte erzielt werden müssen. Dazu zählen in der jüngeren Vergangenheit die Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung (2015), die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. April 2016 über den Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen, die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur“ (2017), die Empfehlungen des Rates zur Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung und der europäischen Dimension im Unterricht und zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen (2018), die Mitteilung der Kommission über die Vollendung des europäischen Bildungsraums bis 2025 (2020), die Entschließung des Rates zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus (2021) und die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. November 2021 zu Thema „Der europäische Bildungsraum: ein gemeinsamer, ganzheitlicher Ansatz“.

Bei einem Vergleich der anhaltenden Verpflichtungen in Form von Erklärungen und der erklärten politischen Ziele in Bezug auf die politische Bildung mit der tatsächlichen Umsetzung wird jedoch eine erhebliche Lücke ersichtlich – eine Lücke zwischen Politik und Praxis, aber auch zwischen den allgemeinen politischen Zielen und den tatsächlichen Plänen zu ihrer Verwirklichung. Es fehlen konkrete Ziele im Bereich der politischen Bildung. Zu derselben Schlussfolgerung gelangt man auch in Bezug auf die Vermittlung gemeinsamer europäischer Werte, verstanden als die in Artikel 2 EUV verankerten Werte, die, was konkrete Instrumente in den Lehrplänen und unterstützende Maßnahmen angeht, in der Bildungspolitik kaum umgesetzt wird¹.

Dabei ist hervorzuheben, dass die Empfehlung des Rates von 2018 zu Schlüsselkompetenzen in Bezug auf die Kompetenz „Aktive Bürgerschaft“ nur in begrenztem Maße weiterentwickelt wird. Die meisten Kompetenzen wurden durch die Aufnahme spezieller Benchmarks in den Kooperationsrahmen ET 2020 oder in die Europäische Kompetenzagenda oder durch die Entwicklung spezieller Rahmen zur Unterstützung des Bildungswandels auf EU-Ebene (z. B. den Referenzrahmen für digitale Kompetenzen 2.0 oder EntreComp, den Referenzrahmen für unternehmerische Kompetenz) vorgebracht. Darüber hinaus wurde 2020 von der Gemeinsamen Forschungsstelle ein konzeptioneller Rahmen für persönliche, soziale und Lernkompetenzen (LifeComp)² veröffentlicht, bei dem man die Gelegenheit, einen Rahmen

¹ Studie des EPRS zur Vermittlung gemeinsamer Werte in Europa

² Der Rahmen umfasst drei Kompetenzen pro Bereich: Selbstregulierung, Flexibilität, Wohlbefinden (persönlicher Bereich), Empathie, Kommunikation, Zusammenarbeit (sozialer Bereich), Wachstumsdenken (Growth Mindset), kritisches Denken und Management des Lernens (Bereich Lernen).

für staatsbürgerliche Bildung entscheidend voranzubringen, ungenutzt verstreichen lassen hat.

Die wichtigsten Belege für die in diesem Bereich geleistete Arbeit stammen aus der ET-2020-Arbeitsgruppe zur Förderung gemeinsamer Werte und inklusiver Bildung, die ein Kompendium bewährter Verfahren zu verschiedenen Themen erstellt und Peer-Learning-Aktivitäten durchgeführt hat. Diese Arbeit ist für die politische Bildung relevant, doch fehlt es an einem integrierten und systematischen Ansatz für die umfassende und strukturierte Förderung der Bildungsarbeit mit den Bürgern. Es wurden keine Belege dafür gefunden, dass sich die Tätigkeiten der Arbeitsgruppe unmittelbar auf den politischen Wandel im Bereich der politischen Bildung auswirken, auch wenn mehrere Experten (z. B. aus Litauen, Finnland, Portugal und Kroatien) den positiven Einfluss der EU-Politik und der EU-Maßnahmen auf die Umsetzung der politischen Bildung in ihren Bildungssystemen anerkannt haben.

Beitrag der EU-Programme zur Förderung der politischen Bildung

Erasmus+

Durch die Erasmus-Leitaktion 1, in deren Mittelpunkt die Mobilität stand, wurde indirekt das Zugehörigkeitsgefühl zur Union erhöht. Zwar kann mittels der Leitaktion 1 (KA1) das Wissen über das Gastland verbessert und ein reflektierender Blick auf das Herkunftsland ermöglicht werden, jedoch fehlt es an Belegen für die Auswirkungen der Leitaktion 1 auf den Erwerb von Wissen über die Europäische Union als Ganzes. Mobilitätserfahrung im Rahmen von Erasmus kann dazu beitragen, durch informelles Lernen einige Kompetenzen und Fähigkeiten in einigen Bereichen zu entwickeln, die mit der Bürgerschaft zusammenhängen, so z. B. interkulturelle Kompetenzen oder das Erlernen des Zusammenlebens und der gemeinsamen Arbeit mit anderen. Durch das Fehlen formaler Komponenten bei KA1 wird jedoch das Potenzial der Maßnahme, die politische Bildung zu fördern, eingeschränkt.

Leitaktion 2 (Zusammenarbeit für Innovation und Austausch bewährter Verfahren) und Leitaktion 3 (Unterstützung politischer Reformen sowie Jean-Monnet-Aktivitäten) sind die Maßnahmen, die einen größeren Beitrag zur Förderung der politischen Bildung leisten. Es wurden acht Projekte ermittelt, die in direktem Zusammenhang mit der politischen Bildung stehen. Das Gesamtbudget dieser Projekte beläuft sich jedoch lediglich auf 0,000046 % des Haushalts für den Zeitraum 2014–2020. Die Analyse verschiedener Projekte in KA2 und 3 hat ergeben, dass sie einige Bereiche abdecken, die mit der politischen Bildung zusammenhängen, insbesondere Dialog und Inklusion, Menschenrechte, Teilhabe, Bürgerschaft und in geringerem Maße die Unionsbürgerschaft. Außerdem werden politische Elemente wie politische Teilhabe (Wahlen) oder gemeinsame europäische Werte (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Gerechtigkeit einschließlich sozialer Gerechtigkeit) offenbar nur am Rande behandelt. Die Projekte decken verschiedene Aspekte ab, die erforderlich sind, um das Verständnis dafür zu verbessern, wie politische Bildung wirksam vermittelt werden kann. Zu den Projektergebnissen gehören beispielsweise die Entwicklung von Lehrplänen sowie methodische und pädagogische Instrumente. Ebenso decken die Projekte alle Bildungsebenen ab, d. h. Primar-, Sekundar- und Hochschulbildung. Ein kleiner Teil erstreckt sich auch auf die Erwachsenenbildung und trägt, wenn auch in begrenztem Umfang, zum lebenslangen Lernen bei.

Was die geografische Abdeckung betrifft, so haben zwar die meisten Länder der Union an Projekten teilgenommen, jedoch sollte die geografische Ausgewogenheit verbessert werden.

Was die Auswirkungen betrifft, so werden Nachhaltigkeitsprobleme und Schwierigkeiten bei der Entwicklung stabiler Strukturen zur Fortsetzung der Projektarbeit oder zur weiteren Verbreitung der Projektergebnisse – auch nach Abschluss des jeweiligen Projekts – als die größten Mängel angesehen.

Es wird erwartet, dass es in diesem Bereich im Rahmen des Programms Erasmus im Zeitraum 2021–2027 Fortschritte geben wird, da im Rahmen von KA2 mehr Gewicht auf den Themenbereich „gemeinsame Werte, bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe“ im Rahmen des lebenslangen Lernens sowie auf das Bewusstsein für das Verständnis der Europäischen Union und der gemeinsamen Werte der EU gelegt wird, jedoch müssen diese Fortschritte erst noch demonstriert werden. Insgesamt lässt sich bei den Erasmus-Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung insgesamt ein Mangel an systemischen Auswirkungen feststellen.

Horizont 2020 und Horizont Europa

Horizont Europa ist das wichtigste Forschungsprogramm der EU, mit dem Projekte im Bereich der politischen Bildung finanziert werden können. Die lehrplanbezogenen, methodischen und pädagogischen Ansätze für die Vermittlung von politischer Bildung sind jedoch im Allgemeinen nach wie vor unterentwickelt und leiden unter einem Mangel an Forschung. Es hat sich gezeigt, dass sich viele Projekte im Rahmen von Horizont 2020 zwar auf Werte konzentrierten, die für die Unionsbürgerschaft von Bedeutung sind, aber nur acht Forschungsprojekte explizit auf die politische Bildung ausgerichtet waren, was einen unbedeutenden Anteil von 0,00002 % des Haushalts im Zeitraum 2014–2020 ausmachte. Die Projekte decken ein breites Spektrum von Themen ab, wobei der Zusammenhang zwischen der politisch-bürgerschaftlichen Entwicklung im öffentlichen Leben und der politischen Bildung an Schulen sowie der nichtformalen und informellen Bildung untersucht wird. Dabei wurden auch Möglichkeiten der Entwicklung neuer Inhalte, Methoden und Aktivitäten durch neue partizipative, kreative und technologische Vorgehensweisen erforscht. Die Forschung konzentriert tendenziell auf den Sekundarbereich, gefolgt von der Primarschulbildung.

Fragen zu den Auswirkungen ergeben sich jedoch aus dem begrenzten Umfang der betreffenden Projekte und ihrer relativ kurzen Laufzeit. Darüber hinaus ergibt die Analyse, dass mit mehr Teilnehmern aus West- und Südwesteuropa ein deutliches Ungleichgewicht in Bezug auf die geografische Abdeckung herrscht.

Im Horizont-Zyklus 2021–2027 werden Themen, die für diesen Durchführungsbericht relevant sind, stärker berücksichtigt. Insbesondere Cluster 2 „Kultur, Kreativität und inklusive Gesellschaft“ zielt darauf ab, die europäischen demokratischen Werte, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte, zu stärken. Darauf deutet eine kürzlich (2022) veröffentlichte spezifische Aufforderung für den Bereich Demokratiebildung hin. Dennoch ist es noch zu früh, um die Auswirkungen des laufenden Programms zu bewerten.

Europa für Bürgerinnen und Bürger

Das Programm **Europa für Bürgerinnen und Bürger** (2014–2020) zielte unter anderem darauf ab, die Bürger dabei zu unterstützen, die Geschichte, die Werte und die Vielfalt der EU zu verstehen, und das demokratische Engagement auf EU-Ebene zu fördern. Das Programm ermöglichte die Teilnahme von Schulen, und die beiden Finanzierungsbereiche „Europäisches

Geschichtsbewusstsein“ und „Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung“ waren für die politische Bildung relevant.

Die Halbzeitbewertung des Programms³ hat ergeben, dass es diese Ziele wirksam erreicht hat und dass seine Aktivitäten zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und zur allgemeinen Debatte über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der EU beigetragen haben. Dennoch werden Bedenken hinsichtlich der geografischen Verteilung, insbesondere im Bereich Städtepartnerschaften, und der Nachhaltigkeit der finanzierten Maßnahmen hervorgehoben.

Was den spezifischen Beitrag des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ zur politischen Bildung anbelangt, so konnten lediglich sechs Projekte ermittelt werden, die sich auf die politische Bildung konzentrieren⁴ und insgesamt fast 2 % der Mittel des Programmhaushalts im Zeitraum 2014–2020 ausmachten, von denen nur zwei direkt die Bildungsgemeinschaft betreffen, ohne dass Angaben zur Zahl der Endbegünstigten vorlägen.

Im Rahmen des Programms „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ wird der Schwerpunkt im Zeitraum 2021–2027 verstärkt auf das Engagement und die Teilhabe der Bürger gelegt. Dies wird anhand der Veröffentlichung einer spezifischen Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen⁵ deutlich, die darauf abzielt, die Beteiligung von Bürgern und repräsentativen Verbänden am demokratischen und bürgerschaftlichen Leben der Union zu fördern, die sich auch auf Schulen und die Bildungsgemeinschaft erstrecken könnten.

Kreatives Europa

Ziel des Programms **Kreatives Europa** (2014–2020) war es nicht, die politische Bildung zu fördern oder das Wissen über die EU direkt zu verbessern. Zu den Zielen des Programms gehören die Propagierung des europäischen Kulturerbes sowie die Förderung eines besseren Verständnisses der gemeinsamen Geschichte Europas. Alle im Rahmen des Programms „Kreatives Europa“ finanzierten Maßnahmen müssen auch indirekt einen EU-Mehrwert erbringen, indem das Wissen der Bürger über andere Kulturen als ihre eigene verbessert wird.

Es konnten lediglich zwei Projekte⁶ ermittelt werden, die ausdrücklich darauf abzielen, die politische Bildung an Schulen im Wege der künstlerischen und nichtformalen Bildung zu entwickeln, was nur 0,000007 % des Budgets für den Zeitraum 2014–2020 entspricht. Es wurden jedoch 24 Projekte ermittelt, die sich mit der Unionsbürgerschaft befassen, was die Bereitschaft der Begünstigten des Programms zeigt, in diesem Bereich tätig zu werden. Angesichts der geringen Zahl von Projekten, die ausdrücklich auf politische Bildung ausgerichtet sind, wird davon ausgegangen, dass die unionsweite Gesamtwirkung hinter ihrem Potenzial zurückbleibt.

Europäisches Solidaritätskorps

³ https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/efcp_mid_term_evaluation.pdf

⁴ <https://ec.europa.eu/programmes/europe-for-citizens/projects/>

⁵ <https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities>

⁶ [https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/projects/#search/project/keyword=citizenship%2520school&programmes\[0\]=31052583&matchAllCountries=false](https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/projects/#search/project/keyword=citizenship%2520school&programmes[0]=31052583&matchAllCountries=false)

Das **Europäische Solidaritätskorps** finanziert Freiwilligeneinsätze für junge Menschen in ganz Europa. Das Programm wurde 2018 gestartet, sodass aufgrund der bislang kurzen Laufzeit die Bewertung seiner Auswirkungen erschwert ist. Dessen ungeachtet besteht sein allgemeines Ziel darin, durch aktive Beteiligung Zusammenhalt, Solidarität, Demokratie und Bürgerschaft in Europa zu stärken. Es wurden 21 Projekte ermittelt, die sich direkt mit der politischen Bildung befassen⁷, was nur 0,2 % des Haushalts für den Zeitraum 2018–2020 entspricht. Es sei darauf hingewiesen, dass die südwestlichen Mitgliedstaaten unter den Begünstigten zu stark vertreten sind, was zu einem geografischen Ungleichgewicht führt und das Potenzial des Europäischen Solidaritätskorps beeinträchtigt. Darüber hinaus gibt die begrenzte Mittelausstattung des neuen Programms – nur knapp über 1 Mrd. EUR für den Zeitraum 2021–2027 – keinen Hinweis darauf, dass das Potenzial des Programms ausgeschöpft werden kann.

Das Programm „Botschafterschule für das Europäische Parlament“ und Euroscola

Das anhaltende Wachstum des Programms „Botschafterschule für das Europäische Parlament“, das seit 2016 auf EU-Ebene umgesetzt wird, hat gezeigt, dass das bestehende Interesse an der Bereitstellung und Aufnahme von Bildungsmaßnahmen zur Unionsbürgerschaft besteht. Das Programm „Botschafterschule für das Europäische Parlament“ wendet sich an Sekundarschulen und Berufsschulen und Studierende. Es verfügt über ein integriertes System der Lehrerbildung, so dass alle Lehrkräfte, die an dem Programm teilnehmen, im Bereich der politischen Bildung zu EU-Themen geschult wurden.

Nach dem Schuljahr 2020–2021 umfasst das Netz des Programms 3 897 Senior-Botschafter und 58 900 Junior-Botschafter an 1 572 zertifizierten Schulen in den 27 Mitgliedstaaten. Im Schuljahr 2020–2021 haben die Schulen im Rahmen des Programms „Botschafterschule für das Europäische Parlament“ 11 980 Veranstaltungen ausgerichtet, an denen 242 MdEP teilnahmen. Durch die Einführung der digitalen Beteiligung hat die Reichweite der Aktivitäten zugenommen. Eine verstärkte interinstitutionelle Zusammenarbeit, insbesondere durch die neuen Europe-Direct-Zentren, hat ebenfalls zur Ausweitung des Programms beigetragen. Es gibt jedoch nach wie vor Schwierigkeiten, Schulen in ländlichen Gebieten zu erreichen. Ebenso erfolgt die Teilnahme von Lehrkräften und Schülern auf freiwilliger Basis, ohne dass das Programm von den nationalen Behörden offiziell anerkannt wird, wodurch das weitere Engagement der Teilnehmer eingeschränkt wird. Darüber hinaus ist die EU-weite Expansion aufgrund personeller und budgetärer Zwänge schwierig.

Euroscola, das 1990 ins Leben gerufen wurde, ergänzt das Programm „Botschafterschule für das Europäische Parlament“ und ermöglicht Schülern die Teilnahme an Simulationen der Arbeit des Europäischen Parlaments. Euroscola veranstaltet jedes Jahr 20 Sitzungen in Straßburg, bei denen rund 10 000 Schüler im Alter zwischen 16 und 18 Jahren aus allen Mitgliedstaaten begrüßt werden können. Das Europäische Parlament hat die Synergien zwischen dem Programm „Botschafterschule für das Europäische Parlament“ und Euroscola gestärkt, wodurch Ersteres mit mehr Engagement stärker von Euroscola profitieren konnte, eine Möglichkeit, die von den Teilnehmern sehr geschätzt wurde.

Politische Bildung in den Mitgliedstaaten

⁷ <https://europa.eu/youth/solidarity/projects>

Die in diesem Bericht gezogenen Schlussfolgerungen stützen sich auf die begrenzten Daten, die auf EU-Ebene verfügbar sind und nur ein unvollständiges Bild davon vermitteln, wie politische Bildung in der gesamten Union unterrichtet und in Schulen integriert wird. Die umfassendsten Informationen, die vergleichbare Daten für die Mitgliedstaaten bieten, bietet die von der Europäischen Kommission unterstützte International Civic and Citizenship Education Study (ICCS), deren jüngste Ausgabe aus dem Jahr 2016 stammt und sich nur auf 14 Mitgliedstaaten erstreckt⁸. Für 2022 wird eine neue Ausgabe erwartet. Die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission führte 2018 eine Analyse auf der Grundlage der ICCS-Daten durch. Sie wird ergänzt durch den Eurydice-Bericht 2017, der qualitative Daten für alle Mitgliedstaaten enthält. Darüber hinaus widmete die Europäische Kommission ihren Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung 2018 der politischen Bildung. Ergänzend zu diesen Quellen bietet der EPRS-Bericht 2021 zum Thema „Umsetzung von Maßnahmen der politischen Bildung in der EU“ eine Übersicht über zehn Mitgliedstaaten im Jahr 2021.

Eine weitere Schwierigkeit bei der Bewertung der Umsetzung der politischen Bildung liegt in der Fluidität des Konzepts und dem Fehlen einer einheitlichen Definition in allen Studien.

Wichtigste Erkenntnisse zur Umsetzung der Bildungspolitik im Bereich der politischen Bildung

Ausgehend von der weitestgefassten Definition wird im Eurydice-Bericht 2017 festgestellt, dass die politische Bildung Teil der nationalen Lehrpläne für die allgemeine Bildung in allen Ländern war. In den meisten Mitgliedstaaten liegt der Schwerpunkt auf politischer Ebene auf Konzepten wie Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Inklusion. In den entsprechenden Lehrplänen werden klassische Herangehensweisen an die politische Bildung kombiniert, die für ein besseres Verständnis politischer Institutionen und Prozesse mittels mehrdimensionaler Fähigkeiten und Kompetenzen sorgen, um konstruktive Interaktionen, kritisches Denken und sozial verantwortliches und demokratisches Handeln zu fördern. Die ICCS-Studie kommt zu dem Schluss, dass der Schwerpunkt der Vermittlung von politischer Bildung auf nationaler Ebene liegt, während die internationale (europäische und globale) Dimension nicht so stark ist. In einigen Mitgliedstaaten entstehen Spannungen zwischen der nationalen und der supranationalen Ebene sowie dem kollektiven und individuellen Umfang der politischen Bildung. In diesen Fällen – darunter Polen oder Ungarn – wird mehr Gewicht auf die Entwicklung einer nationalistischen Auslegung von Bürgerschaft, Kultur und Geschichte gelegt, wobei anstelle von Freiheit und kritischem Engagement Wert auf Disziplin und Anpassung gelegt wird. Darüber hinaus wird im Bericht des EPRS betont, dass politische Bildung leicht einer Politisierung zum Opfer fällt, was sich auf den Inhalt, die Methoden und die Stunden auswirkt, die dem Thema gewidmet sind. Diese Faktoren können infolge von Regierungswechseln erheblich variieren.

Die Art und Weise der Vermittlung von politischer Bildung ist sehr unterschiedlich. Politische Bildung kann ein gesondertes Fach sein, sie kann in weiter gefasste Pflichtfächer oder Lernbereiche wie Sozialwissenschaften oder Spracherwerb integriert werden, oder sie kann ein fächerübergreifender Gegenstand sein, der von verschiedenen Lehrkräften

⁸ Belgien (Flämische Region), Bulgarien, Kroatien, Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland (Nordrhein-Westfalen), Italien, Lettland, Litauen, Malta, Niederlande, Slowenien und Schweden.

gemeinsam vermittelt wird. In der Praxis ist eine Präferenz für fächerübergreifende Ansätze zu beobachten. Das erfordert jedoch eine umfangreiche Lehrerbildung für eine hohe Zahl von Lehrkräften und eine Abstimmung zwischen den Fakultäten. Als eigenständiges Fach wird politische Bildung häufig im Sekundarbereich unterrichtet. In diesen Fällen ist die Lehrerbildung in Bezug auf Inhalte, Kompetenzen und erforderliche Fähigkeiten für eine erfolgreiche Umsetzung von entscheidender Bedeutung. Darüber hinaus können spezialisierte Lehrkräfte andere maßgeblich unterstützen, wenn das Thema bereichsübergreifend unterrichtet wird.

Die Lehrpläne werden häufig mit allgemeinen oder spezifischen Zielen und Lernergebnissen als Orientierungshilfe für die Umsetzung der Lehrpläne flankiert. Im Jahr 2017 wurden in mindestens 19 Ländern all diese Elemente kombiniert. Einige Experten weisen darauf hin, dass überfrachtete Lehrpläne, traditionelle Unterrichtsmethoden und hochgradig zentralisierte Bildungssysteme zu Diskrepanzen zwischen den Lehrplanvorgaben und der tatsächlichen Praxis in den Schulen führen.

In Bezug auf die für dieses Thema aufgewendete Zeit gibt es große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Wenn der Lehrgegenstand unabhängig unterrichtet wird, ist die Zahl der Stunden in der Regel höher. Auch die Zahl der Schuljahre, in denen der Gegenstand als eigenständiges Pflichtfach unterrichtet wird, variiert erheblich zwischen einem und zwölf Jahren.

Im Jahr 2017 wurden in 17 Bildungssystemen im Rahmen der allgemeinen Bildung nationale Tests zur politischen Bildung durchgeführt, in der Regel am Ende eines Schuljahres. Nur in wenigen Bildungssystemen werden solche Tests durchgeführt, um das Bildungssystem als Ganzes oder die Schule zu bewerten, damit der Bereich der politischen Bildung verbessert werden kann.

Was die Vorbereitung auf die Vermittlung von politischer Bildung betrifft, so verfügte die Hälfte der Länder im Jahr 2017 nicht über Vorschriften oder Empfehlungen für die Vermittlung von Kompetenzen im Bereich der politischen Bildung im Rahmen der Erstausbildung von Lehrkräften. In nur sehr wenigen Systemen werden Lehrkräfte darin geschult, wie sie aktuelle einschlägige Informationen über die Kernfragen der politischen Bildung bewerten oder kontinuierlich erwerben können. Das ist besonders wichtig im Hinblick auf die europäische Dimension der politischen Bildung, da das Unterrichtspersonal oft keine fundierten Kenntnisse über die Union hat.

Es ist hervorzuheben, dass es an Wissen darüber mangelt, wie die politische Bildung wirksam bewertet werden kann, da die Bildungsbehörden keine geeigneten Leitlinien bereitstellen. Im Jahr 2017 wurden in einem Drittel der untersuchten Länder von zentraler Instanz keine Regelungen oder Empfehlungen für die Bewertung der politischen Bildung abgegeben.

Alle Quellen deuten darauf hin, dass der politischen Bildung in der beruflichen Erstausbildung im Vergleich zur allgemeinen Bildung noch weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Wichtigste Ergebnisse hinsichtlich der Lernerfolge im Bereich der politischen Bildung

Aus den ICCS-Studien von 2009 und 2016 ist ein Anstieg der durchschnittlichen Werte für die politische Bildung ablesbar. Die Ergebnisse der ICCS-Studie von 2016 zeigen große Unterschiede innerhalb und zwischen den an der Studie teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten, wobei die meisten Schüler aus den teilnehmenden Ländern Kompetenzen oberhalb des Schwellenwerts aufwiesen. Nur 35 % der Schüler verfügten über ein ganzheitliches Wissen und Verständnis der politischen Konzepte und der Bürgerschaftskonzepte sowie über einen gewissen Grad an kritischer Betrachtung. Darüber hinaus ergab die Studie geschlechtsspezifische Unterschiede, wobei die weiblichen Schüler statistisch höher abschnitten als ihre männlichen Kollegen. Experten warnen, dass der Schwellenwert wahrscheinlich nicht ausreichen wird, um die oben genannten Herausforderungen und Veränderungen zu bewältigen⁹, wodurch deutlich wird, dass neue Strategien für die Vermittlung von politischer Bildung entwickelt werden müssen.

In Bezug auf die politische Bildung in der EU kommt die ICCS zu dem Schluss, dass im Jahr 2016 83 % der befragten Schüler berichteten, dass sie in der Schule Gelegenheit hatten, etwas über die Geschichte Europas zu erfahren. Im Durchschnitt gaben nur 50 % der Schüler an, dass sie in der Schule etwas über Europa erfahren konnten. Es ist hervorzuheben, dass man in dem Bericht zu der Schlussfolgerung gelangte, dass die Unterstützung der Schüler für die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern positiv mit einem höheren Niveau an politischem Wissen korrelierte.

Sowohl das politische Wissen als auch die politische Selbstwirksamkeit bei zivilgesellschaftlichem Handeln sind Prädiktoren für die Wahrnehmung demokratischer Institutionen durch die Studierenden. Diese Wahrnehmung korreliert jedoch nicht immer mit größerem Vertrauen in demokratische Institutionen: Nur 50 % der Studierenden vertrauen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, während 70 % der Studierenden der Europäischen Union und 72 % dem Europäischen Parlament vertrauen.

Bei der Betrachtung der Umsetzungsarten gelangt man in Studien zu dem Schluss, dass sich die Schüler nicht nur durch den reinen Wissenserwerb politische Kenntnisse aneignen. Schulische Methoden wie Diskussionen im Klassenzimmer und aktivitätsgebundenes Lernen fördern kritisches Denken und helfen den Schülern, andere zu verstehen und offene gesellschaftliche Einstellungen zu entwickeln. So wird insbesondere die Förderung der aktiven Beteiligung an demokratischen Verfahren in der Schule positiv mit der erwarteten künftigen politischen Teilhabe und Wahlbeteiligung der Schüler verknüpft. Ebenso wird das aktive Engagement in der Gemeinschaft positiv mit der bürgerschaftlichen Einstellung der Schüler verknüpft. Schließlich wurde eine positive Korrelation zwischen dem allgemeinen Bildungsniveau und der aktiven Bürgerschaft festgestellt.

Während der Schwerpunkt dieses Berichts in erster Linie auf der formalen Bildung liegt, wird in Studien und Interessenträgern hervorgehoben, wie wichtig die Entwicklung eines Konzepts des lebenslangen Lernens für den Bereich der politischen Bildung ist.

⁹https://www.dcu.ie/sites/default/files/edc/pdf/european_union_postet2020_expert_panel_inclusion_and_citizenship_issue_paper.pdf

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zur Umsetzung von Maßnahmen der politischen Bildung (2021/2008(INI))

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 2 und Artikel 10 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV),
- gestützt auf die Artikel 9 und 165 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,
- unter Hinweis auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union,
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 4. März 2021 über den Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte (COM(2021)0102),
- unter Hinweis auf die vom Rat, vom Europäischen Parlament und von der Europäischen Kommission am 17. November 2017 proklamierte europäische Säule sozialer Rechte,
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 14. November 2017 zur Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur – Beitrag der Europäischen Kommission zum Gipfeltreffen in Göteborg am 17. November 2017 (COM(2017)0673),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 14. Juni 2016 mit dem Titel „Unterstützung der Prävention von Radikalisierung, die zu extremistisch motivierter Gewalt führt“ (COM(2016)0379),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 1. Juli 2020 mit dem Titel „Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz“ (COM(2020)0274),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 30. September 2020 mit dem Titel „Aktionsplan für digitale Bildung 2021–2027 – Neuaufstellung des Bildungswesens für das digitale Zeitalter“ (COM(2020)0624),
- unter Hinweis auf den strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020), insbesondere dessen Ziel der Förderung von Chancengleichheit, sozialem Zusammenhalt und aktiver Bürgerschaft,
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 30. September 2020 zur Vollendung des europäischen Bildungsraums bis 2025 (COM(2020)0625),

- unter Hinweis auf die Empfehlung des Rates vom 22. Mai 2018 zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen¹⁰,
- unter Hinweis auf die Empfehlung des Rates vom 22. Mai 2018 zur Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung und der europäischen Dimension im Unterricht¹¹,
- unter Hinweis auf die Entschließung des Rates vom 19. Februar 2021 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus (2021–2030)¹²,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 17. Mai 2021 zur Stärkung der Mehrebenen-Governance bei der Förderung der Teilhabe junger Menschen an Entscheidungsprozessen¹³,
- unter Hinweis auf die Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung (Pariser Erklärung), die am 17. März 2015 in Paris (Frankreich) unterzeichnet wurde,
- unter Hinweis auf den Bericht des Europäischen Bürgerforums 1 der Konferenz zur Zukunft Europas mit dem Titel „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung/Bildung, Kultur, Jugend und Sport/digitaler Wandel“,
- unter Hinweis auf den Bericht über das Europäische Jugendevent 2021 mit dem Titel „Bericht über die Ideen der Jugend für die Konferenz zur Zukunft Europas“,
- unter Hinweis auf den Eurydice-Bericht der Kommission vom 7. November 2017 mit dem Titel „Bürgererziehung an den Schulen in Europa 2017“,
- unter Hinweis auf die Entschließung der Union der Europäischen Föderalisten (UEF) zu einem systematischen Ansatz für die europäische politische Bildung, die am 4. Juli 2021 auf dem europäischen Kongress XXVII der UEF in Valencia angenommen wurde,
- unter Hinweis auf das Briefing des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments vom Mai 2021 zum europäischen Bildungsraum und zum strategischen Rahmen für die allgemeine und berufliche Bildung 2030,
- unter Hinweis auf den Eurydice-Bericht der Kommission vom 19. Oktober 2021 mit dem Titel „Chancengleichheit in der Schulbildung in Europa: Strukturen, Strategien und Schülerleistungen“,
- unter Hinweis auf den Bericht der Kommission vom 15. Dezember 2021 mit dem Titel „Bericht über die Unionsbürgerschaft 2020 – Stärkung der Bürgerteilhabe und Schutz

¹⁰ ABl. C 189 vom 4.6.2018, S. 1.

¹¹ ABl. C 195 vom 7.6.2018, S. 1.

¹² ABl. C 66 vom 26.2.2021, S. 1.

¹³ ABl. C 241 vom 21.6.2021, S. 3.

der Bürgerrechte“,

- unter Hinweis auf den Europäischen Aktionsplan für Demokratie, der von Kommission am 3. Dezember 2020 veröffentlicht wurde,
- unter Hinweis auf die Zusammenfassung der Ergebnisse und der Diskussionen des Forums zur Zukunft des Lernens 2019, die am 7. Dezember 2019 von der durch die Kommission berufenen europäischen Expertengruppe für allgemeine und berufliche Bildung veröffentlicht wurde,
- unter Hinweis auf den Bericht der Kommission vom Juni 2020 mit dem Titel „Unionsbürgerschaft und Demokratie“,
- unter Hinweis auf Leitlinien des Netzwerks von Jean-Monnet-Professoren für Lehrerausbilder zum Thema Identität von Kindern und Unionsbürgerschaft,
- unter Hinweis auf den Bericht der Kommission vom 18. März 2015 zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung – Überblick über die bildungspolitischen Entwicklungen in Europa nach der Pariser Erklärung vom 17. März 2015 („Promoting citizenship and the common values of freedom, tolerance and non-discrimination through education – Overview of education policy developments in Europe following the Paris Declaration of 17 March 2015“),
- unter Hinweis auf den Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung 2018 und 2020,
- unter Hinweis auf den Bericht zum Thema Integration und Staatsbürgerschaft des europäischen Expertengremiums für allgemeine und berufliche Bildung,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. April 2016 zum Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen¹⁴,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 19. Januar 2016 zu der Rolle des interkulturellen Dialogs, der kulturellen Vielfalt und der Bildung bei der Förderung der Grundwerte der EU¹⁵,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. November 2021 zum europäischen Bildungsraum: ein gemeinsamer, ganzheitlicher Ansatz¹⁶,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. Dezember 2017 zu dem Bericht über die Unionsbürgerschaft 2017: Stärkung der Bürgerrechte in einer Union des demokratischen Wandels¹⁷,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. Juli 2021 zu dem Bürgerdialog und der

¹⁴ ABl. C 58 vom 15.2.2012, S. 57.

¹⁵ ABl. C 11 vom 12.1.2018, S. 16.

¹⁶ Angenommene Texte, P9_TA(2021)0452.

¹⁷ Angenommene Texte, P8_TA(2017)0487.

Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung in der EU¹⁸,

- gestützt auf Artikel 54 seiner Geschäftsordnung sowie auf Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe e und Anlage 3 des Beschlusses der Konferenz der Präsidenten vom 12. Dezember 2002 zum Verfahren für die Genehmigung zur Ausarbeitung von Initiativberichten,
 - unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Kultur und Bildung (A9-0000/2021),
- A. in der Erwägung, dass Bildung ein Grundrecht ist, das für alle gleichermaßen zugänglich sein sollte; in der Erwägung, dass es in der europäischen Säule sozialer Rechte heißt, dass jede Person das Recht auf hochwertige und inklusive Bildung hat, damit sie uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann;
- B. in der Erwägung, dass neue systemische Veränderungen wie die Klimakrise, überstaatliche politische Integration und der digitale Wandel eine entsprechende Anpassung der Bildungssysteme einschließlich der politischen Bildung erfordern;
- C. in der Erwägung, dass politische Bildung von einem Mehrebenenansatz ausgehen muss, der auf einen lokalen, regionalen, nationalen, europäischen und weltweiten Bürgersinn abzielt;
- D. in der Erwägung, dass die in den Mitgliedstaaten zu beobachtenden gesellschaftspolitischen Veränderungen, die von sozialer Polarisierung und geringem Vertrauen in die Institutionen bis hin zu Rückschritten im Bereich der Demokratie, der Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit, ausgrenzendem Nationalismus und der Instrumentalisierung des Euroskeptizismus für politische Zwecke reichen, zusammen mit dem Erstarken extremistischer Bewegungen und des Autoritarismus eine ernsthafte Bedrohung für die europäischen Demokratien darstellen und die EU als Ganzes destabilisieren können; in der Erwägung, dass die Stärkung der politischen Bildung beim formalen, nichtformalen, informellen und lebenslangen Lernen eine wichtige Rolle dabei spielen könnte, diesem Trend entgegenzuwirken;
- E. in der Erwägung, dass das Aufkommen eines dynamischen Unionsbürgersinns durch einen Mangel an Kenntnissen und an Zugehörigkeitsgefühl erschwert wird; in der Erwägung, dass unzureichende Kenntnisse über die EU und ein schlechtes Verständnis ihres konkreten zusätzlichen Nutzens dazu beitragen können, dass ein demokratisches Defizit wahrgenommen wird, und zu einer ablehnenden Haltung gegenüber der EU in den Mitgliedstaaten führen können;
- F. in der Erwägung, dass die Kommission versäumt hat, in diesem strategischen Bereich eine substantielle Initiative mit Systemcharakter zu ergreifen;

Der Stand der politischen Bildung in der EU

1. bedauert, dass es keine gemeinsame Definition von politischer Bildung gibt; ist der Ansicht, dass die Vermittlung von politischer Bildung eine Kombination aus Wissen,

¹⁸ Angenommene Texte, P9_TA(2021)0345.

Fähigkeiten, Kompetenzen und Betreuung umfasst;

2. ist besorgt darüber, dass der europäische und globale Bürgersinn in den nationalen Lehrplänen nur wenig Beachtung finden;
3. betont, dass angesichts soziopolitischer und globaler Veränderungen die politische Bildung verstärkt werden muss; ist besorgt angesichts der Unterschiede bei der durchschnittlichen politischen Bildung sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch innerhalb der Mitgliedstaaten;
4. weist darauf hin, dass zwar manche Aspekte der politischen Bildung in den meisten nationalen Lehrplänen enthalten sind, es jedoch große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gibt; weist darauf hin, dass die Aus- und Weiterbildung von Lehrern im Bereich politischer Bildung eine Priorität sein muss;
5. missbilligt, dass der politischen Bildung in der beruflichen Erstausbildung nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird;
6. weist darauf hin, dass das nichtformale und das informelle Lernen wie beispielsweise die Jugendarbeit, die ehrenamtliche Tätigkeit und der Sport bei der Ausbildung sozialer und staatsbürgerlicher Fähigkeiten, Kompetenzen und Verhaltensmuster und für die Heranbildung verantwortlicher und aktiver europäischer Bürger eine zentrale pädagogische Rolle spielt;

EU-Politik im Bereich politische Bildung

7. bedauert, dass der politische Konsens auf europäischer Ebene darüber, dass politische Bildung und die Vermittlung gemeinsamer europäischer Werte vorangebracht werden muss, nicht zur Setzung konkreter Ziele, Vorgaben und Benchmarks geführt hat; kommt zu dem Schluss, dass politische Bildung von einer Umsetzungslücke betroffen ist;
8. bedauert, dass die EU-Programme keine substanzielle und wirksame Unterstützung für Vermittlung von Unionsbürger- und Weltbürgersinn leisten konnten;
9. ist der Auffassung, dass der Beitrag von EU-Programmen zur Förderung bestimmter Dimensionen der politischen Bildung begrenzt ist – vor allem, weil es an expliziter direkter Unterstützung mangelt, die Ressourcen begrenzt sind und die geografische Abdeckung unausgewogen ist; bedauert, dass die von der EU finanzierten Projekte in diesem Bereich bisher keine weitreichenden langfristigen Auswirkungen haben;
10. bekräftigt, dass der EU auf der Grundlage der Artikel 9, 10, 165 und 166 EUV die Hauptverantwortung dafür zukommt, die politische Bildung in der EU zu fördern, um das Wissen ihrer Bürger über das europäische Projekt als Union demokratischer Staaten zu vertiefen und so ihren Bürgern das Recht auf uneingeschränkte Teilnahme am politischen Leben und an der Entscheidungsfindung auf EU-Ebene zu garantieren;
11. stellt fest, dass manche Mitgliedstaaten den positiven Einfluss der politischen Entwicklungen in der EU anerkennen und Bildungsreformen im Bereich der politischen Bildung fördern;

12. ist besorgt über das Fehlen wirksamer Maßnahmen der Kommission zur Förderung von „aktiver Bürgerschaft“, die eine Schlüsselkompetenz der politischen Bildung ist, während andere Grundkompetenzen in den ET-2020-Benchmarks enthalten sind oder durch spezielle Kompetenzrahmen unterstützt werden, um den Unterricht und die Übernahme auf nationaler Ebene zu erleichtern;

Empfehlungen für eine erneuerte politische Bildung in der EU

13. ist der Ansicht, dass im Rahmen für Zusammenarbeit nach ET 2020 das Augenmerk auf die Entwicklung von Lehrplänen und nationalen Bewertungen im Bereich der politischen Bildung gerichtet werden sollte, die alle relevanten Aspekte des Fachgebiets umfassen;
14. fordert die Entwicklung konkreter Ziele und Benchmarks für die politische Bildung im Rahmen des europäischen Bildungsraums, einschließlich Bildung im Bereich Unionsbürgerschaft;
15. betont, dass ein stärker strukturierter Ansatz für die Ermittlung und Verbreitung der Ergebnisse von Projekten zur politischen Bildung im Rahmen von EU-Programmen erforderlich ist;
16. betont, dass die Forschung dazu, wie politische Bildung am besten gelehrt und bewertet werden kann, unter Berücksichtigung neuer systemischer und kontextueller Veränderungen erheblich vorangebracht werden muss;
17. fordert die Kommission auf, Module zum Erlernen der Unionsbürgerschaft und ein Besuchsprogramm für Stätten des Kulturerbes und des Gedenkens, die für die Union und die Gastländer von historischer Bedeutung sind, als festen Bestandteil in alle Mobilitätsangebote im Rahmen von Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps aufzunehmen;
18. fordert eine umfassende europäische Strategie für die europäische politische Bildung sowie die Schaffung von Plattformen zur Förderung ihrer Umsetzung, die sich insbesondere auf die gemeinsamen demokratischen Werte und Grundsätze der EU konzentrieren;
19. fordert, dass die Koordinierung zwischen den EU-Programmen verstärkt wird, um die systemische Wirkung von Programmen der politischen Bildung zu erhöhen;
20. fordert die Kommission auf, eine Empfehlung mit beispielhaften Primar- und Sekundarschullehrplänen zur politischen Bildung über die EU und die globale staatsbürgerliche Erziehung vorzuschlagen, damit diese von den Mitgliedstaaten freiwillig und unter vollständiger Einhaltung der Vertragsbestimmungen angenommen werden kann; ist der Ansicht, dass die gemeinsamen Beispiellehrpläne ein besseres Verständnis der bestehenden EU-Institutionen, der europäischen Wahl- und Entscheidungsprozesse sowie der Geschichte und der Kulturen der Mitgliedstaaten und der gemeinsamen Verbindungen zwischen ihnen fördern sollten, wobei verschiedene pädagogische Ansätze und Methoden, einschließlich theoretischen und projektbasierten Lernens, kombiniert werden sollten;

21. fordert, dass eine neue EU-Agentur für politische Bildung eingerichtet wird, um den Zugang zu politischer Bildung und deren Qualität in allen Mitgliedstaaten zu verbessern und die Entwicklung einer europäischen Dimension der politischen Bildung zu fördern;
22. ist der Ansicht, dass die Konferenz zur Zukunft Europas eine günstige Gelegenheit ist, um auf mehreren Ebenen eine Diskussion über die Politikentwicklung in den Bereichen Bildung und Kultur zu führen; fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission dazu auf, die abschließenden Berichte der Arbeitsgruppe „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ der Konferenz anzunehmen und voranzutreiben;
 -
 - ◦
23. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.